

General Motors startet weiteren Massenrückruf

Detroit. Der Opel-Mutterkonzern General Motors (GM) ruft in den USA die nächsten gut 1,7 Mio. Autos wegen diverser Mängel zurück. Damit reagiert der Hersteller auf die Kritik von Politikern und Verbraucherschützern, einen Rückruf wegen defekter Zündschlüssel über Jahre verschleppt zu haben. Die neue GM-Chefin Mary Barra (Bild) will reinen Tisch machen: Nach den offenbar in mehreren Fällen zu schweren Unfällen führenden Zündschlüssel-Mängeln, die bei Unfällen die



Airbags nicht aktivierten, ruft der Konzern in einer neuen Welle weitere 1,7 Mio. Autos wegen anderer Mängel zurück. Dabei handelt es sich um vorwiegend in den USA verkaufte Modelle der Marken Buick, Cadillac, GMC und Chevrolet. Die Liste der Mängel ist lang – so könne es laut GM zum Beispiel beim Cadillac XTS in der Bremsanlage zu einem Kurzschluss kommen, mit der Gefahr eines Feuers im Motorraum. Bei diversen weitgehend baugleichen SUVs von Buick, GMC und Chevrolet könne ein Defekt dazu führen, dass die Seitenairbags nicht auslösen. GM schätzt, dass alle Rückrufe zusammen in diesem Quartal 300 Mio. Dollar (215 Mio. Euro) kosten.

Vodafone in Kauflaune

London. Der britische Mobilfunker Vodafone hat sich nach Kabel Deutschland erneut einen milliardenschweren Netzbetreiber in Europa angeht. Vodafone übernimmt den spanischen Anbieter Ono, wie der britische Konzern gestern mitteilte. Vodafone zahle für Ono rund 7,2 Mrd. Euro. Die Übernahme hat strategische Bedeutung. Mobilfunk wie Vodafone können ihren Kunden so Festnetz, Mobilfunk, Breitband-Internet und Fernsehen aus einer Hand anbieten, ohne Milliarden in den Ausbau eines eigenen Netzes stecken zu müssen.

Datenklau im Netz nimmt zu

Villingen-Schwenningen (dis). Die Bedeutung der Informationstechnologie in der mittelständischen Wirtschaft hat deutlich zugenommen. Allein in Deutschland gibt es heute rund 53 Mio. Internetnutzer. Weltweit wird der 2013 entstandene finanzielle Schaden durch Internetkriminalität auf 360 Mio. Euro und deutschlandweit auf 42,5 Mio. Euro geschätzt. Die Steinbeis-Infotek in Villingen-Schwenningen bietet zu diesem Thema am Donnerstag, 20. März, von 10 bis 17 Uhr, in der BKK in Villingen-Schwenningen das Symposium »Sicherheit im Unternehmen« an. Unter anderem spricht Walter Opfermann, Leiter des Referats Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz am Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Europaabgeordneter Andreas Schwab (CDU) berichtet über die zukünftigen Aktivitäten der EU zur Sicherheit in Unternehmen. Anmeldungen sind im Internet möglich unter www.steinbeis-infotek.de.

Milliardenklage gegen Porsche gekippt

Landgericht weist Forderungen auf Schadenersatz von Anlegern zurück / Urteil mit Signalwirkung?

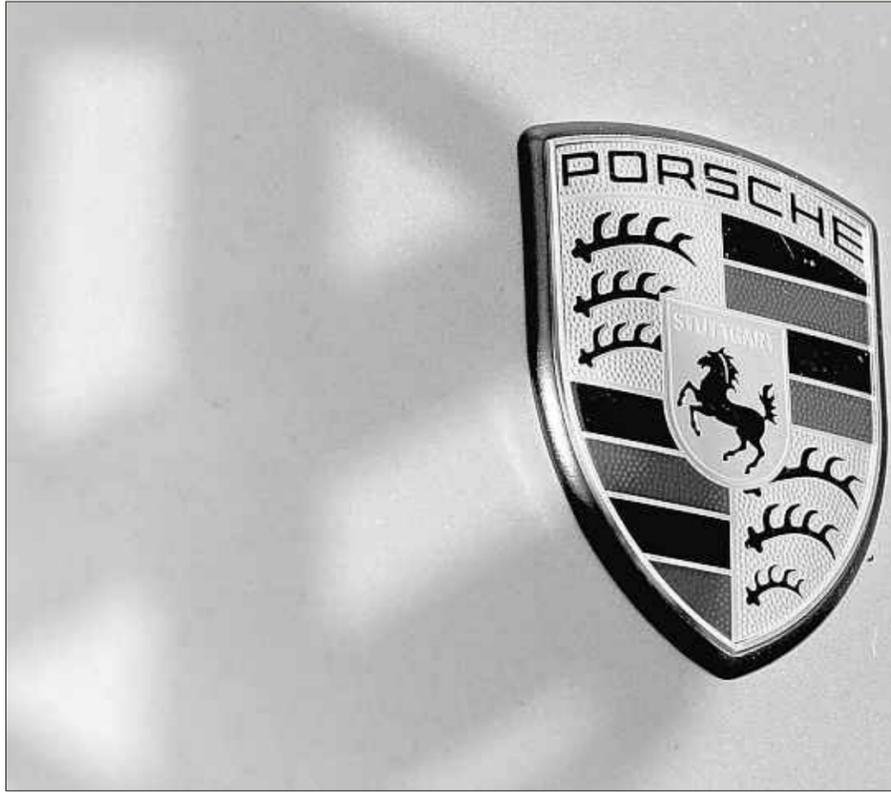
Von Michael Gerster

Stuttgart. Die Entscheidung war absehbar, trotzdem ist die Erleichterung bei der Porsche SE groß. Das Landgericht Stuttgart hat die milliardenschwere Klage von 23 Anlegern abgelehnt. Ein wichtiges Signal für laufende Verfahren.

Nach dem Urteil spricht Albrecht Bamler, Sprecher der Porsche SE (PSE), von einem »guten Tag« für das Unternehmen und von einem »wichtigen Etappensieg«. Vielleicht war es sogar mehr als das. Die börsennotierte Beteiligungsgesellschaft PSE, die eine Mehrheit der VW-Aktien hält, sieht sich seit Jahren durch klagende Finanzinvestoren Forderungen von insgesamt rund 5,7 Mrd. Euro ausgesetzt. Im Stuttgarter Fall ging es um 1,36 Mrd. und damit einen der größeren Brocken. Das Landgericht Stuttgart hat mit seinem Urteil jetzt eine Richtung vorgegeben, der auch die anderen Gerichte folgen dürften.

Die 23 klagenden Hedgefonds haben 2008 viel Geld verloren

Hintergrund des Justizstreits ist die Übernahmeschlacht um VW im Jahr 2008. Anleger der 23 klagenden Hedgefonds, darunter Namen wie Greenlight Capital, Glenhill Capital oder Global Viking, verloren in dieser Zeit sehr viel Geld. Sie hatten mit sogenannten Leerverkäufen auf fallende VW-Kurse gesetzt. Dabei verpflichtet sich ein Anleger, Aktien, die er nicht besitzt, zu einem späteren Zeitpunkt zu einem festen Kurs zurückzukaufen. Anstatt zu fallen, schoss der VW-Kurs bei Bekanntwerden der Übernahmepläne am 28. Oktober



Der Schatten eines VW-Logos fällt auf die Kühlerhaube eines Porsche. Rund um die gescheiterte Übernahme der Wolfsburger durch Porsche sind Gerichtsverfahren anhängig. Foto: Kraufmann

2008 auf den historischen Höchststand von 1005 Euro. Viele Anleger mussten die Papiere daraufhin überteuert kaufen und machten riesige Verluste. Danach sackte der Kurs wieder ab. Vor Gericht argumentierten die Hedgefonds, die für ihre riskanten Anlegestrategien bekannt sind, dass sie durch Pressemitteilungen und Telefonate der PSE falsch informiert worden seien. Um Spekulationen in den Medien entgegenzutreten, hatte Porsche etwa am 10. März 2008 mitgeteilt, dass das Unternehmen keinen Anteil von 75 Prozent an den VW-Aktien und damit eine Beherrschung des Unternehmens anstrebe. Am 26.

Oktober 2008 wurde bekannt, dass sich Porsche den Zugriff auf 75 Prozent gesichert habe. Die Anleger warfen der PSE vor Gericht eine gezielte Falschinformation vor, da die Absicht der Übernahme schon zum Zeitpunkt der ersten Pressemitteilung bestanden habe. Das Landgericht Stuttgart ist jedoch anderer Meinung und weist die Klage in allen Punkten ab. Und da das Medieninteresse groß ist, schiebt Carola Wittig, die Vorsitzende Richterin der 28. Zivilkammer, zur knappen Urteilsverkündung auch gleich eine erste Begründung hinterher – eigentlich eher unüblich in solchen Fällen. Dabei musste

sich das Gericht nicht einmal mit der Frage beschäftigen, ob die Übernahmepläne tatsächlich bereits zu einem Zeitpunkt bestanden, als sie noch öffentlich dementiert wurden. Selbst wenn eine Pressemitteilung als Marktmanipulation interpretiert werden könnte, so leite sich daraus nach dem Wertpapierhandelsgesetz kein Anspruch auf zivilrechtlichen Schadenersatz ab. Dem Charakter nach richte sich eine Medieninformation immer an eine breite Öffentlichkeit, nicht aber speziell an mögliche Anleger. Deshalb werde dieser auch ein weitaus geringeres Vertrauen entgegengebracht als etwa Pflichtmitteilungen börsenrelevanter Entscheidungen, sogenannten Ad-hoc-Mitteilungen. Aus Sicht des Gerichts sei Porsche im Frühjahr 2008 nicht verpflichtet gewesen, die unterstellte Beteiligungsabsicht offenzulegen.

senrelevanter Entscheidungen, sogenannten Ad-hoc-Mitteilungen. Aus Sicht des Gerichts sei Porsche im Frühjahr 2008 nicht verpflichtet gewesen, die unterstellte Beteiligungsabsicht offenzulegen.

Gegen den Sportwagenbauer laufen noch weitere Verfahren

Damit wurde auch ein weiterer möglicher Ansatzpunkt für die Klage, die vorsätzliche sittenwidrige Schädigung, verworfen. Öffentlichen Spekulationen über eine beabsichtigte VW-Übernahme sei kaum anders zu begegnen gewesen als durch ein Dementi, so das Gericht. Falschinformationen am Telefon habe es insofern nicht gegeben, da es dabei um Porsche ging, nicht aber um VW als dem die Aktien ausgebenden Unternehmen. Nur dieses müsse aber im Umgang mit möglichen Investoren erhöhte Sorgfalt walten lassen. Zudem verneinte das Gericht die Ursächlichkeit der Verlautbarung für die Anlageentscheidungen der Kläger. Diese hatten nämlich auch vor und nach der umstrittenen Presseerklärung vom März weitere die hochspekulativen Leerverkäufe getätigt.

Neben Stuttgart sind noch viele weitere Klagen gegen die Porsche SE anhängig, zum Teil auch von einzelnen privaten Anlegern. Große Verfahren laufen etwa in Braunschweig und Hannover, kleinere in New York und London. Allein in den Verfahren vor dem Landgericht Braunschweig geht es um die Summe von rund 1,8 Mrd. Euro. Hinzu kommt noch ein Strafverfahren gegen die Ex-Porsche-Manager Wendelin Wiedeking und Holger Härter. Ihnen wirft die Staatsanwaltschaft Marktmanipulation vor. Wann und ob der Prozess beginnt, ist derzeit noch offen.

► Seite 2

Bezahlbarer Wohnraum bleibt Mangelware

Bau-Boom in Deutschland hält an, findet aber vor allem im teuren Top-Segment statt

Von Christian Ebner

Wiesbaden. Im vergangenen Jahr sind in Deutschland erneut deutlich mehr Wohnungen genehmigt worden als im Jahr zuvor. Mit rund 270 400 Einheiten steigerte sich die Zahl das dritte Jahr in Folge und erreichte ein Zehnjahreshoch, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Höchststände wie aus dem Jahr 1994, als mehr als 712 000 Wohnungen genehmigt wurden, sind aber noch in weiter Ferne. Die Zahl der Genehmigungen gibt Auf-

schluss darüber, wie viele Wohnungen in Deutschland entstehen, jedoch werden nicht alle genehmigten Wohnungen auch gebaut. Das aktuelle Plus betrug 12,9 Prozent und wurde vor allem mit Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erreicht, deren Zahl um 22,3 Prozent zulegte. In Einfamilienhäusern wuchs die Zahl der genehmigten Wohnungen hingegen nur geringfügig um 1,1 Prozent. Gut 30 000 neue Wohnungen wurden in bestehenden Gebäuden genehmigt. Dem Deutschen Mieter-

bund fehlen aber weiterhin Investitionen in erschwingliche Wohnungen. Es werde vor allem im sehr hochwertigen Segment gebaut, was sich auch am hohen Anteil von Eigentumswohnungen zeige, sagte Mieterbund-Sprecher Ulrich Ropertz. Der an sich begrüßenswerte Neubau löse die Probleme von Normalverdienern oder gar einkommensschwachen Haushalten kaum. Der Mieterbund schätzt, dass im Jahr nur rund 20 000 mietpreisgebundene Wohnungen fertiggestellt würden.

Notwendig sei aber mehr als das Doppelte. Insgesamt fehlten in den Ballungsräumen rund 400 000 Wohnungen. Die Bauindustrie hofft auf eine weiterhin positive Entwicklung im Wohnungsbau. Nach den jüngsten Zahlen des Verbandes der Bauindustrie war im Dezember der Auftragseingang in diesem Sektor deutlich um 13,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Im Gesamtjahr lag er 6,2 Prozent über dem Wert von 2012. »Wir brauchen die Wohnungen fertiggestellt würden.



Im vergangenen Jahr entstanden in Deutschland rund 270 400 neue Wohnungen.

den Ballungsgebieten schon wegen der Zuwanderung eindeutig da«, erklärte Verbands-sprecher Heiko Stiepelmann. Er warnte davor, den Neubau preisgünstigen Wohnraums zu vernachlässigen.



Unter anderem gibt es bei der IBO in Friedrichshafen ab morgen regionale Köstlichkeiten, hier präsentiert von Projektleiter Rolf Hofer, Ex-Miss Tuning Katharina Kuhlmann und Messe-Pressesprecherin Eleni Kapernekas (von links). Foto: Benzmann

Erneut mehr Aussteller bei der IBO

Internationale Bodenseemesse öffnet morgen ihre Tore

Von Karin Benzmann

Friedrichshafen. Regionale Köstlichkeiten sowie eine Trendsport-Halle sind neu bei der 65. Internationalen Bodenseemesse (IBO), die vom 19. bis 23. März in Friedrichshafen stattfindet. In elf Messehallen, im Foyer Ost und West sowie auf dem Freigelände, informiert die Verbrauchermesse zu den Themen Urlaub, Freizeit, Reisen, neues Bauen und Garten. Vier Messen, ein Termin – das Konzept der Messeleitung scheint zu funktionieren, denn 772 Aussteller aus 13 Ländern zeigen ihre Produkte – 7 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die Ausstel-

lungsfläche vergrößert sich um 8000 Quadratmeter. 429 Aussteller gestalten die IBO, 108 das Thema Garten und Ambiente, ebenfalls 108 den Themenbereich neues Bauen mit neuen Energieformen, dem barrierefreien Wohnen, der Renovierung und dem Werterhalt. Im Handwerkerdorf präsentieren sich zum Beispiel einzelne Gewerke. 127 Aussteller befassen sich mit dem Thema Urlaub, Freizeit und Reisen. Passend zur Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien im Sommer dreht sich in der neuen Trendsporthalle alles um die Bewegung und damit auch um den Fußball. Für Unterhaltung sorgt die Show

»Zirkus-Sensationen«. Partner der Gartenmesse ist der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg (Galabau). Laut Reiner Bierig, Geschäftsführer Galabau, verzeichnete die grüne Branche in Baden-Württemberg 2013 einen Gesamtumsatz von 1,18 Mrd. Euro. Laut seinen Aussagen sind das über 50 Mio. Euro und damit fast 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Während der fünf Messetage entsteht auf der Azubi-Live-Baustelle ein neuer Garten. Die Neupflanzungen und Gestaltungen lassen miterleben, was unter dem Berufsbild Landschaftsgärtner zu verstehen ist.